

Bezugspreis für Stelle monatlich bei zweimonatlicher Zustellung 1.40 Mark, vierteljährlich 4.20 Mark, durch die Post 4.05 Mark einschließlich Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Im amtlichen Zeitungsgewerkschaftsunterstützungsverein wird keine Gewerbe übernommen. Nachdruck nur mit der Genehmigung der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142, der Bezug-Abteilung Nr. 1133, Postfach-Konto Leipzig Nr. 4609.

# Abend-Ausgabe.

# Zaale-Zeitung

Zweihundfünfundvierzigster Jahrgang.

Preis 12 Pf. 24 Pf. 40 Pf. 56 Pf. 72 Pf. 88 Pf. 104 Pf. 120 Pf. 136 Pf. 152 Pf. 168 Pf. 184 Pf. 200 Pf.

Nr. 180.

Halle, Donnerstag, den 18. April

1918.

## Das deutsche Vordringen bei Ypern.

Die Einnahme von Poellkapelle, Langemark und Zonnebete. — Mehr als 2500 Gefangene eingebracht.

### Amflicher Bericht der Heeresleitung.

WTB. Großes Hauptquartier, 18. April 1918.  
Wöchlicher Kriegsschauplatz.

Der Feind überließ uns gestern große Teile des von ihm in hartnäckigen Kämpfen mit ungeheuren Opfern erlangten flandrischen Bodens. Die Armee des Generals Sigt von Amin nahm den sich überstürzenden Feind stark nachdrängend, Poellkapelle, Langemark und Zonnebete und warf den Feind bis hinter den Steenbach zurück. Südlich vom Manlarssee hemmte ein feindlicher Gegenstoß unser Vormwärtsdrängen.

Nördlich der Ops genommen mit unter starkem Feuerbeschuß Boden und außerdem einige Maschinengewehre. Die Kämpfe der letzten Tage brachten mehr als 2500 Gefangene, einige Geschütze und zahlreiche Maschinengewehre ein. An der Schlachtfeldfront zu beiden Seiten der Somme nahm der zeitweilig auflebende Feuerkampf bei Moreuil und Montdidier größere Stärke an.

Auf dem Ostufer der Maas hatten kleinere Unternehmungen bei Drnes und Watronville vollen Erfolg und brachten Gefangene ein. Nördlich von Airey (zwischen Maas und Mosel) schloßerte ein harter französischer Vorstoß unter blutigen Verlusten.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.  
Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

### Reiche U-Boot-Beute.

Wertvolle Ladungen heimgebracht.

Berlin, 17. April. (Umlich.) Im Sperrgebiet um die Azoren wurden von einem unserer U-Boote in den letzten Wochen 5 Dampfer und 2 Segler versenkt. Hierzu waren benannt der österreichische Dampfer „Albatros“ von 2240 Br.-R.-Z. und der französische Dampfer „Duch Schou“ von 1540 Br.-R.-Z., auf letzterem befanden sich 180 Soldaten. Die Geschütze, je eine 9 Zentimeter- und 7,5 Zentimeter-Kanone, wurden erbeutet.

Die für unsere Flotte bestimmten Ladungen waren besonders wertvoll. Es befanden aus Palmöl, Palmkerne, Erdnüssen, Baumwolle, Gummi, Wachs, Eisen und Stahl.

Das U-Boot hat

27 Tonnen Gummi und 5 Tonnen Wachs für die deutsche Kriegsmarine mitgebracht.  
Der Chef des Admiralstabes der Marine.

### Pariser Sorgen um Compiegne.

Paris, 18. April. (Eigene Drahtnachricht.) Nach den letzten Meldungen Pariser Militärberichterstattung rechnen die Franzosen bereits mit einem deutschen Durchbruch bei Compiegne, so daß die zummindesten teilweise englisch-französische Front in der Gegend von Soissons-Compiegne als äußerst gefährdet zu betrachten sei.

### Arbeiterflucht aus Paris.

Paris, 18. April. (Eigene Drahtmeldung.) Auch gestern wieder forderte nach Drahtmeldungen aus Paris die Fernbeschießung mehrere Opfer. Die fortgesetzte Beschießung hat einige tausend Arbeiter veranlaßt, die Stadt zu verlassen. Immer neue Massen ziehen hinaus, da sie jetzt überall Beschäftigung finden. Viele Arbeiter haben sich in Vororten niederzulassen.

### Französische Vorwürfe gegen die Engländer.

Genf, 18. April. (Eigene Drahtnachricht.) Große Vorwürfe macht jetzt die französische Heeresleitung der englischen, die völlig hilflos ihre Streitkräfte immer an den Stellen einsetzt, wo sie weniger wichtig sind. Vor Amtens hatten die Engländer große Truppenkonzentrationen vorgenommen, die andere Front jedoch vernachlässigt, so daß den Deutschen der Durchbruch gelang.

### Misträuen gegen die französischen Kriegsberichte.

Die Regierung ohne Vertrauen.

Paris, 18. April. (Eigene Drahtnachricht.) Die immer wieder falschen Propagandabehauptungen und die völlig unrichtigen französischen Kriegsberichte der letzten Zeit werden bei der Bevölkerung großes Misträuen gegen die Regierung. Selbst die Zeitungen unterlassen es jetzt, öffentliche Aussagen von irgend welchen Staatsmännern zu bringen, da man diese doch nicht kennt. Clemenceau ist fast gar nicht mehr in Paris

anwesend. Er weilt mit General Foch im Großen Hauptquartier. Ueberhaupt ist dem ganzen Kabinett wie auch dem gesamten Parlament das Vertrauen der Bevölkerung vollkommen verloren gegangen.

### Stimmungsumschwung in Paris. Anflagen gegen die Engländer.

Bern, 18. April. (Eigene Drahtnachricht.) Aus privaten Berichten aus Paris geht hervor, daß es sich nicht mehr leugnen läßt, daß seit der neuen Offensive sich in Paris ein großer Stimmungsumschwung bemerkbar gemacht hat und die Bevölkerung ziemlich offen Anflagen gegen die Engländer erhebt, denen sie die Hauptschuld an den jetzigen Misserfolgen zuschreibt. Der Wunsch nach einer Entfernung der Engländer von der Rüste ist heute fast allgemein.

### England befürchtet eine deutsche See-Offensive.

Amsterdam, 18. April. (Eigene Drahtnachricht.) Aus englischen Blättermeldungen geht hervor, daß man in englischen Marinekreisen eine große deutsche Offensive zur See erwartet. Man will wissen, daß die deutschen Schiffe in den Häfen jetzt sämtlich Kohlen laden und kleine Manöverexerzitionen ausführen.

### Schwere Kämpfe an der Flandernfront.

Haag, 18. April. (Privattelegramm.) Die „Times“ melden, daß an der Flandernfront sich ausgebreitete schwere Kämpfe zu entwickeln beginnen, die allem Anschein nach langwierig werden dürften und wahrscheinlich sogar den ganzen Sommer hindurch andauern werden.

### Schäden beim letzten Pariser Luftangriff.

Genf, 18. April. (Privattelegramm.) Am Montag morgen glichen die bei dem Fliegerangriff der Nacht getroffenen Straßensätze laut „Matin“ einem Stadtteil von Verdun oder Reims. Es handelt sich nicht etwa um verhältnismäßig leichte Beschädigungen, sondern um eine Trümmerstätte. Ueberzeugend zeigt in dieser Nacht auch der Sicherheitsdienst. Die deutschen Geschwader erschienen kurz nach 12 Uhr während der Theater- und Kinovorstellungen. Die Besucher der Comedie francaise begannen sich in die Keller, wo sie Madame Sganarelle durch den Vortrag französischer Lieder erhobelter. Bürger, die auf den Straßen waren, konnten die Unterstände und Keller einfach deshalb nicht finden, weil man die Lichter am Eingang der Unterstände anzuzünden verboten hatte und die Polizisten, die als Wegweiser dienen sollten, insofern als nicht zu erkennen waren. Die Polizisten, die dem Publikum die Unterstände zeigen sollten, wendeten sich in erster Linie gegen die Besantenen, die sich in der Dunkelheit mit Taschenlampen zu vergewaltigen wollten. Es ist nämlich verboten, während eines Fliegerangriffes Lichter anzuzünden.

### Englische Arbeiterunruhen.

Unterdrückung der Nachrichten in der Presse.

Amsterdam, 18. April. (Eigene Drahtnachricht.) Aus London wird indirekt gemeldet: Die Arbeiterunruhen dauern fort. Den Blättern ist es verboten, über die revolutionären Umtriebe etwas zu bringen.

### Clemenceau wartet die Heimkehr des Politzen Eizens ab.

Genf, 18. April. (Eigene Drahtnachricht.) Nach den Pariser Zeitungen hat Clemenceau im Senatssitzung die Versicherung abgegeben, der Brief Kaiser Karls werde in der Hand des Kaisers veröffentlicht werden, sobald der Prinz von Rouven aus Afrika zurückkehrt, was spätestens Mitte Mai der Fall sein dürfte.

### Polnische Hoffnungen auf Surian.

Wien, 18. April. (Eigene Drahtnachricht.) Wie in Wien unterrichteten Kreisen verläutet, ist die Demission Szenars von den Polen sehr begeistert aufgenommen worden. Die Wahl Surians hat ihre volle Sympathie gefunden. Die Polen äussern sich dahin, daß ihre oppositionelle Stellungnahme bisher nur in der österreichisch-ungarischen Außenpolitik ihren Grund hatte, dieser Grund war aber wohl als beseitigt angesehen werden dürfte. Viele Hoffnungen legen sie auf den Ministerpräsidenten Dr. Seidner, von dem man annimmt, daß er den Polen weit größere Zugeständnisse bieten wird.

(Rechte Depeschen siehe auch Seite 3.)

### Der Rücktritt Wekerles.

Demission des ungarischen Gesamtministers.

Budapest, 17. April. (Meldung des Ungarischen Telegraphen-Büros.) Heute vormittag fand unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Wekerles ein Ministerrat statt, an dem mit Ausnahme des von Budapest abwesenden Handelsministers Egeressy und des Ministers a Intere Grazen Madar Nögy sämtliche Mitglieder des Kabinetts teilnahmen. Der nur kurze Zeit dauernde Ministerrat beschloß den Rücktritt der Regierung, worauf bei anwesenden Mitglieder des Kabinetts die Rücktrittsreden unterbreitet wurden.

Was seit einigen Tagen erwartet werden konnte, ist eingetreten: Ungarns bedeutendster, zugleich auch wohl ältester und erfahrungreichster Staatsmann hat mit seinem Kabinett dem König die Entlassung eingebracht. Dr. jur. Alexander Wekerles hat damit als Ministerpräsident seine vierte, wenn man ein umgebildetes Kabinett mit rechnet, seine fünfte Regierung zu Grabe getragen. Der jetzt bereits im 71. Lebensjahre lebende Staatsmann hat ein langes Leben, voll von glänzenden Erfolgen, hinter sich, und doch scheint er auch heute noch nicht völlig erlähmt zu sein. Es ist ihm mehr damit zu rechnen, daß er eines Tages noch einmal im Vordergrund des politischen Lebens auftritt. Schon im Jahre 1874 war er im Finanzministerium tätig; unter dem Vater des jetzt so viel bekannten Grafen Tisza war er in den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts Unterrichtsminister im ungarischen Finanzministerium. Das Jahr 1889 sah ihn zum erstenmal als Finanzminister. Was er damals für die Gesundheit der Finanzen Ungarns leistete, steht noch heute in Budapest in dankbarer Erinnerung. Ministerpräsident Ungarns wurde er zum erstenmal am 14. November 1892. Nach fast zwei Jahren wurde Káun Heberwarz sein Nachfolger — auf fünf Tage, nach deren Verlaufe Wekerles die Regierung sofort wieder übernahm. Ende 1894 trat er jedoch für längere Zeit von der Leitung der Regierung zurück. Erst nach 12 Jahren, am 8. April 1906, betrat ihn Kaiser Franz Joseph zum drittenmal an die Spitze Ungarns. Damals stellte er auch schon eine Maßnahme in Aussicht, um die heute noch gestampft wird und welche die Ursache seines jetzigen Rücktritts ist. Seine dritte Ministerpräsidentenämter diente am längsten; fast vier Jahre. Erst am 18. Januar 1910 konnte er die Geschäfte der Regierung seinem Nachfolger, dem Grafen Káun Heberwarz, übergeben. Endlich übernahm er nach der kurzen Ministerpräsidentenämter des Grafen Moriz Sotonyai am 20. August d. J. zum viertenmal die Leitung des ungarischen Staatsgeschäfts, die er dann bis jetzt inne hatte. In seiner jahrzehntelangen politischen Betätigung ist er nicht nur als Ministerpräsident hervorgetreten. Es sei hier nur daran erinnert, daß im Dezember 1904 unter seiner Führung der mitteleuropäische Wirtschaftsverein begründet wurde, der einen wirtschaftlichen Zusammenstoß der mitteleuropäischen Staaten erstrebte.

Für die vierte Berufung Wekerles war die hauptsächlichste zu lösende Aufgabe die Wahlreform. Endlich sollte das durchgesetzt werden, was seit mehr als 12 Jahren immer wieder vergeblich angestrebt worden war. Nur zu bald zeigte es sich, daß die Wählerände auch für einen Mann mit den umfangreichen Erfahrungen eines Wekerles zu groß waren. Im Januar d. J. mußte er eine Umwidmung seines Kabinetts vornehmen, durch die er eine leichtere Befreiung der Wählerände erhohte. Vorebens! Schon im Februar hieß es, daß Wekerles seinen Rücktritt nehmen und daß Graf Julius Andrássy sein Nachfolger werden würde. Die Wahlrechtsfrage, die im Laufe der letzten Monate zum U und D aller politischen Dinge in Ungarn geworden ist, blieb weiter unerledigt. Wekerles befand sich zwischen zwei Extremen. Undrassy tritt für eine sofortige Auflösung des Parlamentes und für eine Vorgehensweise des Wahlrechts mitten im Weltkriege ein. Die andere extreme Richtung wird durch den Grafen Stephan Tisza vertreten, der bekanntlich Gegner einer Reform ist. In der Mitte stand Wekerles, dem Graf Albert Apponyi und der Justizminister Belizonyi treu zur Seite standen. Zeitweise hatte es den Anschein, als ob es zu einem Kompromiß auf der mittleren Linie Wekerles kommen sollte. Es wurde auch berichtet, daß Verhandlungen zwischen Tisza und Wekerles stattfanden. Da man plötzlich den Rücktritt Egeressys, der auch die gesamte Lage des ungarischen Kabinetts veränderte. Das ungarische Wahlrechtsproblem konnte nicht mehr isoliert behandelt werden, sondern wurde

durch die Entwidlung der letzten Tage in einen gewissen Zusammenhang mit den weltpolitischen Dingen gebracht. Der Kaiser Karls nach Budapest folgte schließlich die Ernennung des Grafen Burian zum Nachfolger Clemenceaus. Auf diese Ernennung hin trat in Budapest der ungarische Ministerkabinett zusammen und beschloß den Rücktritt, den man seit 3-4 Tagen erwarten konnte. Bis zur Stunde liegt keine Nachricht darüber vor, ob Kaiser Karl die Demission angenommen hat. Es dürfte jedoch mit der Wahrscheinlichkeit rechnen, nachdem sich das Kabinett schließlich erklärt hat und eine gewisse Umwidlung der Regierung Clemenceaus kaum einen besonderen Erfolg verbringt. Umklar ist auch, wer eventuell der Nachfolger Clemenceaus werden wird, doch kann heute schon festgestellt werden, daß alle in Frage kommenden Männer, gewesen wie Graf Burian, der kochen zum Minister des Reiches mannt wurde, überzeugte Anhänger des deutschösterreichisch-ungarischen Bündnisses sind.

## Die neuen Steuer-Gesetzentwürfe.

Die Kriegsteuer der Gesellschaften ist eine außerordentliche und einseitige Abgabe, das heißt: zu jeder Erhebung dieser Steuer ist ein neues Gesetz notwendig. Im dem Gesetze vom 21. Juni 1916 und dem ergänzenden Gesetze vom 19. 1917 befindet sich die Befreiung der Gewerkschaften als ein Teil der (anfänglichen „Kriegsgewinnsteuer“ genannten) besondern „Kriegsteuer“. Man kennt die Voraussetzungen. Es sollte der „Kriegsgewinn“, das heißt zunächst: der unter Abzug der besondern Vermögensgegenstände der Kriegsteuer erzielte Vermögenszuwachs, sondern der (im Vergleich mit den durchschnitlichen „Friedensgewinnen“) in den drei ersten „Kriegsgesellschaftsjahren“ erzielte Gewinn ein erzielt wurde.

Das neue Gesetz befreit diese Befreiung auf den im vierten Kriegsgesellschaftsjahre (1917/18) erzielten Vermögenszuwachs. Die Befreiung ist diesmal eine „degressive“. Die Steuererträge beginnen (von oben) mit einer Abgabe von 60 v. H. des Vermögenszuwachses und ermäßigen sich bei Vermögenszuwachs von 40 bis 30 v. H., bei Vermögenszuwachs von 20 bis 10 v. H. des vollen Steuerbetrags. Die tatsächlichen Abgaben also stellen sich, von oben nach unten gekürzt, auf 60, 54, 48, 42, 36 und 30 v. H. des Vermögenszuwachses. Beachtenswert ist die Befreiung, nach der bei der Gewinnerhebung die Sonderabgabe und die Kriegsteuer nicht abgeschrieben werden dürfen.

### Bestimmung des Gewinns

nützt aus, daß es bei Einzelpersonen zweckmäßig ist, den steuerpflichtigen Vermögenszuwachs zu einem späten Zeitpunkt, wenn möglich erst nach dem Krieg, festzustellen; während es zum Vorteile des Reichs ist, die Sonderabgabe von 60 v. H. des Vermögenszuwachses, die die Gesellschaften auch im vierten Kriegsjahre verpflichtet sind, nicht anschieben zu lassen. An den 6-7 Millionen, die man aus der Kriegsteuer von 1916 und 1917 erwartet, sind die Gesellschaften (nach Maßgabe der in den ersten drei Kriegsgesellschaftsjahren erzielten Vermögenszuwächse) mit schätzungsweise 1100 Millionen beteiligt. Aus dem Ertrage des vierten Kriegsgesellschaftsjahres ist etwa die Hälfte dieser Steuererträge in Höhe von 500-600 Millionen Mark zu erwarten.

## Die Erhöhung der Postgebühren.

### Die Erhöhung der Postgebühren.

Verkerung des Verkehrs wirkt nicht nur in dem Maße des mehrgeschätzten Betrags schädigend auf die Volkswirtschaft; das ist bekannt und unbestritten. Ebenso unangenehm aber ist die Unannehmlichkeit dieser Maßregel in heutiger Steuerzeit; und schließlich Wort, daß, wenn es gilt, dem „Kriegs-“ Willkürden ungenau auf beschaffen, Originalität gehen. Sie hat am stärksten Einfluß auf den höheren Anteil für alle kleinen. Aber auch ein höheres Entgelt für alle kleinen Leistungen der Post seit 1910 genommen müssen. Der neue Entwurf will diese Quelle noch reichlicher fließen lassen, gleichzeitig aber Unannehmlichkeiten des Staates ausgleichen. Die Fälle des Ortsverkehrs werden denen des Fernverkehrs, der Prets der Postkarte wird dem des Briefes genähert. Der Unterschied zwischen den alten (Friedens-) und den neuen Gebühren liegt als „Reichsabgabe“ dem Reiche zu.

Es werden künftig gelten:

Briefe im Ortsverkehr bis 20 Gramm	10 Pf.
Briefe im Ortsverkehr bis 250 Gramm	15 Pf.
Briefe im sonstigen Verkehr bis 20 Gramm	15 Pf.
Briefe im sonstigen Verkehr bis 250 Gramm	25 Pf.
Postkarten im Ortsverkehr	7 1/2 Pf.
Postkarten im sonstigen Verkehr	10 Pf.
Drucksachen bis 50 Gramm	5 Pf.
Drucksachen bis 100 Gramm	7 1/2 Pf.
Drucksachen bis 250 Gramm	15 Pf.
Drucksachen bis 500 Gramm	25 Pf.
Drucksachen bis 1 Kilogramm	35 Pf.
Gesellschaftspapier bis 250 Gramm	15 Pf.
Gesellschaftspapier bis 500 Gramm	25 Pf.
Gesellschaftspapier bis 1 Kilogramm	35 Pf.
Warenproben bis 100 Gramm	10 Pf.
Warenproben bis 250 Gramm	15 Pf.
Warenproben bis 500 Gramm	25 Pf.
Pakete bis zum Gewichte von 5 Kilogramm auf Entfernungen bis 75 Kilometer (Zone 1) einschließlich	40 Pf.
Pakete auf alle weiteren Entfernungen (Zone 2 bis 6)	75 Pf.
Pakete beim Gewichte über 5 Kilogramm auf Entfernungen bis 75 Kilometer (Zone 1) einschließlich	80 Pf.
und für jedes weitere Kilogramm 2 Pf., mehr Pakete beim Gewichte über 5 Kilogramm auf Entfernungen bis 150 Kilometer (Zone 2)	110 Pf.
und für jedes weitere Kilogramm 10 Pf., mehr Pakete beim Gewichte über 5 bis 6 Kilogramm auf Entfernungen bis 375 Kilometer (Zone 3)	120 Pf.

## Lloyd George für Irlands Selbstverwaltung.

Die Ausdehnung des Dienstpflichtgesetzes auf Irland — Was ein britischer General Lloyd George von der Front erzählte — Deutung mit dem Rücktritt.

London, 16. April. (Unterhaus.) In Beantwortung der Ausführungen Diltons erklärte Lloyd George, die Anwendung des Dienstpflichtgesetzes auf Irland könne billigerweise nicht mit dem Versuch verglichen werden, den amerikanischen Kolonien Steuern gegen ihren Willen aufzuerlegen, weil es sich in diesem Falle um eine Befreiung ohne Vertretung handle. Die Forderung, daß zunächst die Zustimmung der Iren ertagt werden soll, könnte mit demselben Rechte für Wales und Schottland geltend gemacht werden, aber diese hielten es nicht für eine Ermäßigung des Selbständigkeitsgefühls ihrer Rasse, dem Reiche, dessen Bürger sie sind, das Recht zu übertragen, alle Maßnahmen zur Vermeidung der Rasse, die der Verteidigung des Reiches dienen im Namen des Reiches durch die Reichsvertretung zu ergreifen. (Beifall.) Bei der Einführung des Mannschaffgesetzes hat die Regierung an nichts anderes gedacht, als an die besten Mittel,

### den Krieg fortzuführen.

Er stand vor der Notwendigkeit, mehr Mannschaften auszuheben zu müssen, wir hatten daher unsere Vorbereitungen zu treffen. Deshalb mußten wir eine so drastische Maßnahme einführen. Die Regierung hat Irland nur widerwillig eingeschlossen und nur deshalb, weil sie überzeugt war, daß es angezogen sei und Unfällen herbeiführen würde, wenn diese drastische Maßnahme eingeführt würde, ohne daß in Irland die Dienstpflicht eingeführt würde.

Ich bin voll Vertrauen, ich habe gerade einen General gesprochen, der von der Front zurückkehrte. Er erzählte mir, daß er Generale, die im Kampfe standen, gesehen habe. Er habe volles Vertrauen. (Aufmerksamer Beifall.) Wir haben Gelüste verloren, aber wir haben nichts verloren, wovon unser Leben abhängt. Das ist nicht nur die Ansicht eines Generals, der sich selbst hat, aber die Ansicht eines Generals, der ebenso ruhig, ebenso vertrauensvoll ist. Der Feind zielt auf die Vernichtung der britischen Arme.

Er sieht, daß, wenn er nur die Arme besitzigen kann, der Weg zum Siege frei werde. Aber er hat diese Arme noch nicht besitzigen. Er hat, wie ich selber bekennen muß, der englischen Arme schwere Verluste beigebracht, aber diese Verluste sind nichts im Vergleich zu denen, die er erlitten hat.

Lloyd George verließ dann unter großem Beifall das Haus.

Gener Lloyd George seine Mitteilungen über die mit-

und für jedes weitere Kilogramm 20 Pf., mehr Pakete beim Gewichte über 5 bis 6 Kilogramm auf Entfernungen bis 75 Kilometer	130 Pf.
und für jedes weitere Kilogramm 20 Pf., mehr Pakete beim Gewichte über 5 bis 6 Kilogramm auf Entfernungen bis 125 Kilometer	140 Pf.
und für jedes weitere Kilogramm 40 Pf., mehr Pakete beim Gewichte über 5 bis 6 Kilogramm auf Entfernungen bis 125 Kilometer	150 Pf.
Briefe mit Wertangaben auf Entfernungen bis 75 Kilometer einschließlich	25 Pf.
Briefe mit Wertangaben auf alle weiteren Entfernungen	50 Pf.
Postauftragsbriefe	35 Pf.
Postanweisungen bis 5 Mk.	15 Pf.
Postanweisungen bis 100 Mk.	25 Pf.
Postanweisungen bis 200 Mk.	40 Pf.
Postanweisungen bis 400 Mk.	50 Pf.
Postanweisungen bis 600 Mk.	60 Pf.
Postanweisungen bis 800 Mk.	70 Pf.

Die Telegrammgebühren sind gegen die letzten Kriegsjahre um 3 Pf. für jedes Wort, die Fernsprechkabellen um 10 v. H. für die jetzt geschätzte Baumsumme, und um 1/2 Pf. für jedes einzeln bezahlte Gespräch erhöht.

## Feindliches Munitionslager in Brand geschossen.

Berlin, 17. April. Nordöstlich Aras bis in Gegen Albert vor tagüber die feindliche Feuerkraftigkeit lebhaft. Nach Einbruch der Dunkelheit verstärkte sie sich stellenweise und vordringend zu größerer Heftigkeit. In dem Raum von Albert wurden mehrfach feindliche Stellungen vorrücklich abgewiesen. Nordwestlich Mont d'Idier und auf der anschließenden Südrift sowohl ebenfalls das Feuer an und verdichtete sich namentlich auf dem westlichen Vorposten wiederholt zu starken Feuererhebungen. Bei Tageslicht sah die deutsche Artillerie ein feindliches Munitionslager in Brand.

## Die französischen Todesbataillone.

### Besonders schwere französische Verluste.

Seit dem 21. März verzeichnet Groß-Britannien die Franzosen nach der Art wie immer die Kräfte ihrer Todesbataillone einseitig. Überall dort wo der deutsche Angriff die britischen Stellungen zu durchbrechen droht, müssen französische Truppen einpreingen. Nach allseitigem Anstrang werden sie sofort in die Schlacht gemorren und vornehmlich zur Durchführung der Gegenangriffe bestimmt. Infolgedessen sind die französischen Verluste bei Tageslicht schwerer. Der jüngste Einsatz französischer Truppen im Nordteil der englischen Front war Gegenüber dem von den Deutschen eroberten Ort Metieren hat die Franzosen besonders hohe Verluste gelitten.

## Türkische Annäherung an Kars.

### Die Deute in Datum.

Konstantinopel, 17. April. Tagesbericht vom 17. April. Konstantinopel: Unsere Truppen nähern sich planmäßig dem Kars-Gebiet. An der Spitze hat unsere Kavallerie Lejranal (Kobulen) steht. Die Besetzung wird fortgesetzt. Soweit bis jetzt festgestellt werden konnte, haben unsere Besatzungstruppen in Datum von feindlichen Verbänden Elementen, welche die Festung verteidigten, 600 Mann in Offiziersuniformen und 200 Mann in Mannschaffuniformen gelanggenommen. Unter ihnen befinden sich der Festungskommandant und viele hohe Stabsoffiziere. 26 Geschütze ver-

lärtliche Lage machte, sagte er, die amerikanische öffentliche Meinung trete für die Befreiung des Mannschaffgesetzes ein unter der Voraussetzung, daß

### Irland Selbstverwaltung

angeboten würde. Die Regierung sei bewegt nach dem Bericht der irischen Konvention zu dem Schluss gekommen, daß die irische Selbstverwaltung eine wesentliche Kriegsmaßnahme betrafte und es nicht durchzuführen würde, dann sollten diejenigen, die dafür verantwortlich seien, daß es nicht zur Ausföhrung komme, gerechtfertigt werden. Verantwortung für die weitere Föhrung der Geschäfte übernehmen.

Wenn die Iren das Gesetz ablehnen, so tun sie das auf ihre Verantwortung. Die Regierung kann unmöglich den Widerstand gegen Romerius als Mittel benutzen lassen, um die Dienstpflicht zu Fall zu bringen, und das ist der Grund, weswegen jede Maßnahme für sich genommen werden muß.

„Allgemein Handelsblatt“ erfährt noch aus London, Ueber die Einführung des Romerius-Gesetzes wurden nachdrücklich nähere Ausführungen verlangt und zwar nicht nur durch Sir Edward Carson, sondern auch durch Dillon, Dentin und Leahy.

Leahy fragte: „Wenn das Haus das Romeriusgesetz ablehnt, wird die Regierung dann abtreten?“

Barneis ärgerte einen Augenblick, warf einen Blick auf den Premierminister, der befähigt nicht, und erklärte dann:

„Die Regierung wird das bestimmt tun.“

„Was sagt der Premierminister?“ riefen verschiedene Abgeordnete.

„Ich sage ja, bestimmt!“

antwortete Lloyd George sofort.

Diese Antwort rief im Hause große Bewegung hervor und veranlaßte verlegenen Beifall.

Schließlich wurde der Vorbeschlag, die Dienstpflicht in Irland nicht einzuföhren, mit 296 gegen 123 Stimmen verworfen und das

Gesetz in dritter Lesung mit 301 gegen 103 Stimmen

angenommen.

Asquith und seine Anhänger entzogen sich der Abstimmung

chiedenen Kolibris, Koloniatoren und mehrere Waggon-Automobile, viel Nachschichtmaterial und Versorgungsmaterial wurden zerstört. In der Palästinafront wurden feindliche Gebirgsabteilungen abgewiesen. Auf den übrigen Fronten ist die Lage unverändert.

## Clemenceau erstattet Bericht.

WTB. Paris, 17. April. (Genau.) Clemenceau sprach in einer gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Auswärtiges, Marine und Arme über die Umstände, unter denen die Verträge Oesterreich-Ungarns, eine Spaltung zwischen dem Willieren durch Friedensverhandlungen herbeizuföhren, sich abspielten. Clemenceau überreichte die gesamte Material über die Anglegenheit im Ausnahmefall für Auswärtiges, der es durchzusetzen und dann darüber Bericht erstatten wird.

## Der Kaiserbrief ist gefälscht.

Wien, 17. April. Die Korrespondenz Austria meldet: Der Reichstagsabgeordnete Waldner sprach vormittags beim Grafen Czernin vor, um eine Ausdrache betreffend die mit dem Kaiserbrief zusammenhängenden Gerüchte herbeizuföhren. Wie die Korrespondenz aus zuverlässiger Quelle herüber, verhördete Graf Czernin gegenüber dem Abgeordneten Waldner ehrenwörtlich, daß der

### Brief von französischer Seite gefälscht

worden sei in der unverzerrtenen Ansicht, einen Keil zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn zu treiben, eine Absicht, die glücklicherweise vollkommen vereitelt ist.

## Kaiser Karl an Czernin und Burian.

Wien, 17. April. Die Morgenausgabe der „Wiener Zeitung“ veröffentlicht folgendes kaiserliches Handschreiben: Lieber Graf Czernin!

Indem ich meinen gemeinsamen Finanzminister Stefan Baron Burian zum Minister meines Hauses und des Neuherr erneuert, ertheile ich Sie nunmehr in vollen Gnaden von diesem Amte und der Iren mit meinem Handschreiben vom 13. April unter Annahme ihrer Demission auftragenden einschlägtigen Fortführung der Geschäfte. Während einer der bedeutendsten Epochen der Weltgeschichte aller Zeiten haben Sie im Interesse einer Politik, die nach wie vor für mein Haus und meine Staatsanstellungen maßgebend bleiben soll, in außerordentlich großer Weise und unermüdlicher Pflichtstreue hervorragende Dienste geleistet, deren Iren zu gerechter Befriedigung gereicherden Erfolge Ihnen nicht verlag gelassen hab, indem sie mit in vorderster Linie die ersten Friedensschlüsse der lebenden Menschheit vermitteln konnten. Sie haben sich hierdurch wohlverdienten Anspruch auf meinen unvergänglichen Dank und meine höchste Anerkennung erworben, die ich Ihnen hiermit gern zum Ausdruck bringe und als deren äußeres Zeichen ich Ihnen die Brillanten zum Großkreuz meines Sanft Stefans-Ordens verleihe. Nicht minder will ich Ihnen meine fortwauernde Gemogenheit zusichern, wie ich auch zuverlässig hoffe, daß ihre außerordentlichen Gaben für immer mir und dem Wohle meiner Staaten erhalten bleiben sollen.

Budapest, 16. April 1918.

Karl u. p.

### Lieber Baron Burian!

Indem ich Sie von Posten meines gemeinsamen Finanzministers in Gnaden erthebe, erneuert ich Sie gleichzeitig zum Minister meines Hauses und des Neuherr